

ELEKTRONISCHE PATIENT*INNENAKTE FÜR ALLE

Digitale Handreichung für mehr Selbstbestimmung

*Ein Tool für Patient*innen und die ärztliche Beratung: Die Deutsche Aidshilfe hat eine Anleitung zum individuellen Umgang mit sensiblen Daten in der elektronischen Patient*innenakte veröffentlicht.*

Die „ePA für alle“ kommt: Anfang 2025 erhalten alle gesetzlich Versicherten eine elektronische Patient*innenakte – es sei denn, sie widersprechen. Viele Menschen stehen nun vor der Entscheidung, ob und wie sie die ePA nutzen möchten. Ärzt*innen werden Antworten auf vielfältige Fragen ihrer Patient*innen geben müssen. Der Umgang mit der ePA wird dabei alles andere als einfach sein. Als Entscheidungshilfe hat die Deutsche Aidshilfe eine digitale Handreichung veröffentlicht, um Möglichkeiten einer selbstbestimmten Nutzung aufzuzeigen.

Das Angebot erklärt auf leicht nachvollziehbare Weise, was die ePA überhaupt ist, welche Rechte und Widerspruchsmöglichkeiten Patient*innen haben, thematisiert die IT-Sicherheit und Forschungsdatenweitergabe. Das Informationsangebot greift oft gestellte Fragen auf und ist somit eine wichtige Alternative zu den Pflichtinformationen der Krankenkassen.

VIELE CHANCEN – ABER AUCH DISKRIMINIERUNGSRISIKO

Prinzipiell hat die Zusammenführung wichtiger medizinischer Informationen an einem Ort viel Potenzial, Prozesse zu vereinfachen und die Versorgung von Patient*innen zu verbessern. Eine gut gemachte Digitalisierung des Gesundheitswesens ist überfällig. Patient*innen müssen aber in der Lage sein, vollumfänglich selbst zu bestimm-

men, wer ihre Gesundheitsdaten sehen kann. Denn Diskriminierung im Gesundheitswesen ist eine Realität, mit der Menschen mit HIV, Drogenkonsument*innen, queere und trans Menschen und andere Gruppen regelmäßig konfrontiert sind. Manche Informationen und Diagnosen können außerdem schambehaftet sein – und gehen einfach nicht jeden etwas an.

Schon immer war es das Recht von Patient*innen, gegenüber Ärzt*innen und Einrichtungen selektiv mit Gesundheitsinformationen umzugehen. Das darf durch die Digitalisierung und Zusammenführung von Informationen nicht aufgeweicht werden.

STEUERUNG VON SENSIBLEN INFORMATIONEN KOMPLIZIERT

Wenn Patient*innen bei der neuen „ePA für alle“ nicht aktiv werden, können sie behandelnde Ärzt*innen alle Gesundheitsinformationen in der ePA einsehen – das schließt auch die eingenommenen Medikamente sowie die Abrechnungsdaten der Krankenkasse ein. Auch daraus gehen sensible Informationen und Diagnosen hervor.

Zwar haben Patient*innen prinzipiell die Möglichkeit, Dokumente in ihrer ePA zu löschen oder zu verbergen. Sie können auch Ärzt*innen den Zugang zur ePA ganz entziehen. Allerdings fehlen Funktionen, um Patient*innen die Sichtbarkeitssteuerung so einfach wie möglich zu machen. Möchte zum Beispiel ein Mensch mit HIV, dass die Zahn-

ärztin nichts von der HIV-Diagnose erfährt, sind mehrere Schritte notwendig: Neben dem Verbergen oder Löschen aller Arztbriefe und Laborbefunde müssen Patient*innen auch die Medikationsübersicht sowie die Abrechnungsdaten der Krankenkassen auf dem Schirm haben und entsprechend konfigurieren – jedes Mal wieder, wenn sie eine neue Einrichtung besuchen. Hier müsste technisch nachgebessert werden.



© Bild generiert mit DALL E 3

DIGITALES MEDIUM INFORMIERT PATIENT*INNEN

In der Handreichung der Deutschen Aidshilfe erhalten Patient*innen nun immerhin Orientierung, wie sie vorgehen müssen, um die Sichtbarkeit von Informationen über alle Teilbereiche der ePA hinweg zu steuern. Die Inhalte entstanden in Zusammenarbeit mit einer Gruppe HIV-positiver Menschen und anderen Patient*innenorganisationen. Sie werden fortlaufend aktualisiert und sind mit einer freien Lizenz veröffentlicht, damit auch andere Organisationen und Selbsthilfegruppen sie für ihre Zwecke nutzen können.

Manuel Hofmann

Referent für Digitalisierung

Kontakt: manuel.hofmann@dah.aidshilfe.de
Handreichung: aidshilfe.de/epa

Was brauchen Sexarbeiter*innen für ihre sexuelle Gesundheit?

*Eine Studie der Deutschen Aidshilfe offenbart großes Interesse für sexuelle Gesundheit bei Sexarbeiter*innen, die wichtige Rolle des ÖGD – und Informationsbedarf bezüglich PrEP.*

Finanzielle und soziale Benachteiligung sowie Gewalt gefährden zunehmend die Gesundheit von Sexarbeiter*innen. Mit diesem Druck nimmt auch das Risiko von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) zu. Das ist ein zentrales Ergebnis der zweijährigen partizipativen Studie „Sexuelle Gesundheit und HIV/STI-Präventionsstrategien und -bedarfe von Sexarbeitenden“ der Deutschen Aidshilfe (DAH), gefördert vom Bundesgesundheitsministeriums (BMG). 80 Sexarbeiter*innen aus 23 Herkunftsländern teilten in Gruppendiskussionen ihre Erfahrungen mit, unter ihnen solche, die illegale Drogen konsumieren („Beschaffungsprostitution“), trans Menschen, Schwarze Menschen sowie Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. „Die meisten Studienteilnehmenden messen dem Thema sexuelle Gesundheit eine hohe Bedeutung bei und wünschen sich mehr Informationen, insbesondere zur HIV-Prophylaxe PrEP“, resümiert Studienleiterin Eléonore Willems. Fast die Hälfte hatte noch nichts von der medikamentösen Schutzmethode gewusst, viele hatten nur vage Kenntnisse.

WICHTIGE ROLLE DES ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENSTES

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), insbesondere kostenlose und anonyme Untersuchungsangebote nach § 19 Infektionsschutzgesetz, spielen für Sexarbeiter*innen eine wichtige

Rolle. Beratung und Testmöglichkeiten müssen aber vielerorts besser auf die Bedürfnisse von Sexarbeiter*innen abgestimmt werden. Gruppen wie trans Frauen, Drogen konsumierende Menschen oder migrantische junge Männer müssen stärker erreicht werden.

„Es ist unsere Aufgabe, unsere Angebote gut bekannt zu machen, auch zu Randzeiten und über das Internet sowie in verschiedenen Sprachen ansprechbar zu sein. Noch aktiver müssen wir die Beratung zur PrEP angehen und die Verschreibung einfach und ohne unnötige Hürden gestalten“, sagt Dr. Johanna Claass, Leiterin der Fachabteilung Sexuelle Gesundheit in der Sozialbehörde Hamburg sowie Mitglied im Projektbeirat der Studie.

Die Ergebnisse der Studie unterstreichen die Notwendigkeit, dass alle Menschen Zugang zur Krankenversicherung beziehungsweise bei Bedarf zur HIV-Therapie oder HIV-Prophylaxe bekommen, auch Menschen ohne Aufenthaltspapiere.

AUSGRENZUNG REDUZIEREN, HILFSANGEBOTE AUSBAUEN

Deutlich wurden zudem vier Faktoren, die sich schädlich auf die Gesundheit von Sexarbeiter*innen auswirken können: Gewalterfahrungen, finanzielle Not, psychische Belastungen, oft in Zusammenhang mit Stigmatisierung, sowie fehlende Legalität beziehungsweise die Angst vor Strafen.

„Wenn Menschen mit existenziellen Problemen kämpfen, erscheint Gesundheit

zweitrangig. Zugleich drängen Kunden immer häufiger auf Kondomverzicht. Wir müssen Menschen in der Sexarbeit ganzheitlich stärken und Hilfsangebote ausbauen“, sagt Eléonore Willems.



© AdobeStock · Kaspars Grinvalds

„Durch Projekte von und für Sexarbeiter*innen und akzeptierende Arbeit kann die Gesundheit in unserer Community gefördert werden“, fügt Caspar Tate hinzu. Er ist Sexarbeiter, Peer-Berater bei trans*Sexworks und Peer-Forscher der Studie.

UNTERSTÜTZEN STATT VERFOLGEN

Eines zeigt die Studie sehr deutlich: Drohende Bestrafung verdrängt Sexarbeiter*innen in unsichtbare und unsichere Bereiche, wo sie für Prävention und Hilfsangebote nicht mehr erreichbar sind. Dementsprechend sollten Sperrbezirke abgeschafft werden. Dringend notwendig sind mehr Sozialarbeit, Beratung und Raum für Selbsthilfe. Die Prävention muss auch Kunden einbeziehen und dabei auf Respekt, faire Preise, die Nutzung von Kondomen sowie Aufklärung zu HIV und Geschlechtskrankheiten zielen.

Mehr Informationen /
Stream der Pressekonferenz:
aidshilfe.de/pressemitteilungen

Forschungsbericht:
aidshilfe.de/sexarbeit-studie